IF NOTHING GOES RIGHT, GO LEFT!

Jugendmagazin
Landtagswahl 2016

linksjugend
['solid]
Baden-Württemberg

Inhalt

01 Refugees Welcome - Rassismus entgegentreten

02 Freie & offene Bildung für alle

03 Legalize it!

04 Prekarisierung & unsichere Arbeitsverhältnisse

05 Bezahlbarer Wohnraum

06 Öffentlichen Raum für Jugendliche schaffen

07 Inklusion aller Menschen

08 Mitbestimmung stärken

09 Mobilität für alle

10 Ökologie

11 Digitales

Impressum

Herausgabe:
Linksjugend[‘solid] Ba-Wü
Januar 2016

V.i.S.d.P.: Vanessa Kohm
Schützenstraße 46
76137 Karlsruhe

Layout: Kevin Kulke

Foto Titel & Rückseite
Nico Kienzler

Website: www.linksjugend-solid-bw.de

Mail: info@linksjugend-solid-bw.de

Am 13. März ist Landtagswahl und auch deine Stimme zählt!

In Baden-Württemberg ist nicht alles schlecht, aber viele Sachen laufen gehörig schief. 2011 haben die Grünen und die SPD nach über 60 Jahren die Regierung von der CDU und der FDP in Baden-Württemberg übernommen. Sie hatten sich viel vorgenommen...

Doch am Ende haben sie nicht viel bewirkt. Immer noch gibt es kein kostenloses Mittagessen an Schulen und Kitas, immer noch müssen sich Polizist*innen nicht kennzeichnen. Die Energiewende? In den letzten fünf Jahren sind weniger Windräder gebaut worden als in den fünf Jahren unter Oettinger und Mappus. An den Hochschulen gibt es keine Zivilklausel für friedliche Forschung. Und durch den Asylkompromiss hat die Regierung Kretschmann unzählige Sinti und Roma in schlimmstes Elend und rassistischen Hass auf dem Balkan zurück geschickt und die Bedingungen für Asylbewerber*innen vor Ort drastisch verschlechtert.

Gleichzeitig werden überall im Ländle die Stimmen von ganz rechts außen immer lauter. Rechtskonservative und Faschist*innen marschieren in Stuttgart gegen Homosexualität und für ihre spießigen Vorstellungen von „traditioneller“ Familie. Es werden Terroranschläge auf Flüchtlingsheime verübt und die AfD stößt mit ihren fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen auf immer mehr Gehör.Wir wünschen uns eine ganz andere Welt.

Das kotzt uns an!

Als sozialistischer, feministischer, ökologischer und antimilitaristischer Jugendverband kämpfen wir nicht nur in der ganzen Bundesrepublik, sondern auch in Baden-Württemberg für ein besseres Leben für alle. Für mehr Demokratie und Freiheit! Für bessere Löhne und weniger Druck in der Schule und am Arbeitsplatz. Dass Menschen, die ihr Zuhause wegen Krieg, Hunger oder Armut verlassen mussten, bei uns die Chance auf ein Leben in Würde bekommen.

Und dass Nazis nicht mehr ungestört auf der Straße oder sonst irgendwo ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten können. Manche Menschen nennen uns deshalb Träumer*innen. Oder sogar verrückt. Aber wir bleiben dabei:

Seien wir realistisch - versuchen wir das Unmögliche.

Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg

Wer sind wir?

Wir sind die Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg. Wir sind der parteinahe Jugendverband der Partei DIE LINKE und stehen dem vorherrschenden, kapitalistischen Wirtschaftssystem kritisch gegenüber.

Wir setzen uns ein für eine Welt, in der alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, sich selbst zu verwirklichen und auch ökonomisch frei sind. Denn Freiheit heißt für uns mehr, als nur Firmen gründen zu dürfen. Freiheit heißt für uns, sich entscheiden zu können, ohne Angst haben zu müssen. Um den Arbeitsplatz, vor dem/der Chef*in, vor dem Arbeitsamt oder vor Menschen, die deinen Lebensentwurf verachten.

Wir diskutieren aktuelle Politik in den Gemeinden, Städten, im Land und in der Welt. Wir formulieren Antworten darauf in Form von Aktionen in der Öffentlichkeit, in Veröffentlichungen und in den Parlamenten. Wir organisieren Bildungsveranstaltungen und Vorträge über Politik und Gesellschaft.

Politische Meinungsbildung geschieht bei uns unter Freund*innen. Interessierte sind bei uns immer herzlich willkommen!

Wir verstehen uns selber als Interessenverband innerhalb der Partei und versuchen, in sie hinein zu wirken. Kritik gegenüber der Partei DIE LINKE ist für uns genauso selbstverständlich, wie eine solidarische Zusammenarbeit mit ihr. Unser Jugendverband bildet einen Raum für Austausch, Aktionen, Debatten, Streit und für ein alternatives Lebensgefühl. Gemeinsam kämpfen wir gegen Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus, Faschismus und Antisemitismus und für einen Ausbau demokratischer und sozialer Rechte. Wir sind aber vor allem Teil eines gesellschaftlichen Blocks der Linken – einer Bewegung für Demokratie und Sozialismus.

IF NOTHING GOES RIGHT, GO LEFT!

Was ist Sozialismus?

Im Kapitalismus kann jede*r reich werden. Aber eben nicht alle.

Sozialismus - puh - ein weites Feld. Viele Menschen haben sich über die Frage, was das eigentlich ist, schon Gedanken gemacht.

Auch wir in der Linksjugend [‘solid] sind uns da nicht immer einig. Die einen wollen die versteinerten Verhältnisse umwerfen. Ganz radikal. Wiederum andere hoffen auf kleine Schritte hin zu einer besseren Welt. Die einen berufen sich gerne auf Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci. Die anderen eher auf Adorno oder Emma Goldman. Was uns eint, ist die Erkenntnis, dass der Kapitalismus nicht das Ende vom Lied sein kann.

Menschen sind abhängig von ihrem Arbeitsplatz und ihren Chef*innen. Menschen stehen andauernd in einer erzwungenen, brutalen Konkurrenz zueinander. Wer nicht mithalten kann, wird verspottet und verachtet. Reiche Menschen werden reicher und sichern sich ihren Wohlstand. Und die Leute am anderen Ende der sozialen Leiter sehen oft kein Land mehr.

Wir glauben, dass ein gutes Leben für alle Menschen möglich ist. Dass Kooperation und Solidarität wichtiger sind als Egoismus und spitze Ellenbogen. Wir denken über Alternativen zu unserem aktuellen Wirtschaftssystem nach. Abseits von Krieg, Konkurrenz und Profitlogik.

Oder wie der alte Marx es mal gesagt hat:

„

Es gilt alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

*Warum immer dieses Sternchen?

Das Sternchen - auch gerne Genderkristall genannt - benutzen wir um unsere Sprache möglichst inklusiv zu halten.

Im Deutschen verwendet man meistens die männliche Form, wenn man von mehreren Menschen spricht. Wir finden, das schliesst nicht nur Frauen, sondern auch Menschen die sich keinem Geschlecht zuordnen möchten (- ja, das gibt es -) aus dem Sprachgebrauch aus. Wir wollen, dass alle Menschen, auch Transgender, ihre Leben frei und ohne Anfeindung gestalten können. Ein erster Schritt, um Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen umzusetzen heißt für uns, mit unserem Sprachgebrauch anzufangen. Und natürlich hören wir da auch nicht auf.

Das Sternchen steht für alle Geschlechter, so vielfältig sie auch sein mögen. Und ihr dürft uns glauben: man gewöhnt sich sehr schnell daran ;D .

01 Refugees welcome!

Auch in Baden-Württemberg sind in den letzten zwei Jahren vermehrt Geflüchtete aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika angekommen.

Sie werden zunächst in den Landeserstaufnahmenstellen aufgenommen und dann anhand einer Quotenregelung auf die Landkreise verteilt.

Dort angekommen sehen sich diese Menschen, die häufig Krieg und unaussprechliches Leid hinter sich gelassen haben, oft auch rassistischen Anfeindungen, brutaler Gewalt und Terror ausgesetzt. Erst im Sommer 2015 zündeten Unbekannte eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Remchingen an. Gleichzeitig machen die Rassist*innen um Pegida, AfD und Co. in ganz Deutschland regelmäßig Schlagzeilen mit ihren menschenverachtenden Parolen.
Wir als Linksjugend [‘solid] BaWü treten Rassismus und jeder Form von Fremdenhass entschieden entgegen. Wir wollen, dass allen Menschen geholfen wird, die unsere Hilfe brauchen.

> „Glaubt ihr die Flüchtlinge sind in Partyboote gestiegen,
> Mit dem großen Traum im Park mit Drogen zu dealen?“
>
> - K.I.Z. -

So unfassbar es für die momentane Politik klingen mag: Menschen sind Menschen und müssen wie Menschen behandelt werden.
Damit ist für uns klar, dass sich jeder Mensch unabhängig seiner Herkunft und Staatsbürgerschaft, sich sicher und frei bewegen kann und die gleichen Rechte haben muss. Grenzen müssen für alle Menschen offen sein. Es ist keine Leistung deutsch zu sein. Französisch und syrisch zu sein auch nicht. Welchem Staat wir angehören und welche Grenzen dieser hat ist willkürlich, deshalb gilt es allen Menschen zu helfen und ein gutes Leben zu ermöglichen, egal aus welchem Land sie kommen.
Wer von Menschen, deren komplette Lebensgrundlage zerstört wurde, als „Wirtschaftsflüchtlinge“ spricht, verharmlost humanitäre Katastrophen.

Der relative Wohlstand, den es in der Bundesrepublik gibt, kommt auch daher, dass Deutschland (wie viele reiche Industriestaaten) auf Kosten der ärmeren Länder dieser Welt eine aggressive Wirtschafts- und Außenpolitik betreibt. Damit ist die BRD mitverantwortlich, dass Menschen aus anderen Ländern fliehen. Diktatoren werden von der BRD gestützt und lokale Märkte durch die agressive Exportpolitik zerstört. Noch dazu

werden deutsche Waffen in Konfliktregionen geliefert, z.B. Heckler & Koch Gewehre aus Baden-Württemberg.

Wer vor Krieg und Elend flieht, tut das nicht aus Spaß. Trotzdem werden sie erstmal in Lager gesperrt, bekommen nur die grundlegendste Versorgung und werden im Zweifelsfall mitten im Winter in Kälte und Elend abgeschoben.
Derzeit werden in Ba-Wü die Asylbewerber*innen in Zelten und Containern untergebracht, es gibt keine ausreichende Gesundheitsversorgung und eine Betreuung in den jeweiligen Muttersprachen ist nur rudimentär vorhanden. Gleichzeitig bekommen Geflüchtete nur wenig Geld bzw. Sachleistungen, oder gar nur Essen, und dürfen nicht arbeiten.

In den Medien wird durch die Bilder von überfüllten Lagern suggeriert, es kämen zu viele geflüchtete Menschen nach Deutschland. Dabei sind diese Umstände vor allem vom Staat selbst verursacht: Seit Mitte der 90er die Zahl der Asylbewerber*innen immer weiter gesunken sind, wurden im Gleichschritt auch immer mehr Immobilien zur Unterbringung von Asylbewerber*innen verkauft.

In den Medien wird durch die Bilder von überfüllten Lagern suggeriert, es kämen zu viele geflüchtete Menschen nach Deutschland. Dabei sind diese Umstände vor allem vom Staat selbst verursacht: Seit Mitte der 90er Jahre die Zahl der Asylbewerber*innen immer weiter gesunken sind, wurden im Gleichschritt auch immer mehr Immobilien zur Unterbringung von Asylbewerber*innen verkauft.
Dieser Umgang mit den Menschen in den Flüchtlingsunterbringungen ist unmenschlich und ein katastrophaler Zustand. Deswegen unterstützen wir die Forderungen DER LINKEN, um die Situation der Geflüchteten zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Unterbringung von Geflüchteten in normalen Wohnungen, der Ausbau von muttersprachlichen Beratungsangeboten, bessere Unterstützung (auch finanziell) und Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig gilt es, die Asylverfahren fair zu gestalten. D.h. es darf keine Schnellverfahren geben, die sogenannten „sicheren Herkunftsländer“ müssen abgeschafft werden und alle Abschiebegefängnisse müssen geschlossen werden.

Nur so können wir den Menschen hier vor Ort helfen und sicherstellen, dass sie nicht in Hunger und Elend abgeschoben werden.

DIE LINKE MÖCHTE, DASS AUCH IN BADEN-WÜRTTEMBERG EIN MENSCHLICHER UMGANG MIT GEFLÜCHTETEN MENSCHEN HERRSCHT. SIE SETZT SICH EIN FÜR:

- ein landesweites Wohnungsbaukonzept, damit es genügend Wohnraum für arme Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft gibt. Statt Geflüchtete auszugrenzen, können sie auch in diesen Wohnungen leben.
- den Ausbau muttersprachlicher Beratungsangebote für Geflüchtete.
- uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen.
- die Abschaffung der Abschiebehaft und Schließung der Abschiebegefängnisse.
- keine Abschiebungen in Unterdrückung und Elend, erst recht nicht im Winter.
- keine Schnellverfahren, sondern einheitliche und faire Asylverfahren für alle, bei denen den Geflüchteten alle Rechtsmittel zur Verfügung stehen;
- die Einführung von Krankenkassenkarten für Geflüchtete.
- keine Waffenexporte aus Baden-Württemberg.

Linksjugend[‘solid] Baden-Württemberg

02 Freie & offene Bildung für alle

Oder: Dabei sein ist alles?

Bildung hat für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben eine enorme Bedeutung. Wir wollen ein offenes Bildungssystem - ausfinanziert, demokratisiert und zugänglich für alle! Bildung meint die kritische Aneignung unserer Welt, um diese als lebendigen Teil einer demokratischen Gesellschaft mitzugestalten.

Bildung muss deswegen ganz im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden zu verstehen sein.

Bildungsgebühren, wie zum Beispiel Studiengebühren und kostenpflichtige Eignungstests für die Zulassung an Hochschulen, lehnen wir ab; genauso wie schlecht bezahlte Ausbildungsplätze. Wir sehen das Land in der Pflicht Schulen und Hochschulen vollständig aus der öffentlichen Hand zu finanzieren und ihre Ausstattung, wie auch die Gebäude selbst, in einem guten und aktuellen Zustand zu halten.

Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene für eine drastische Erhöhung des BAföGs einsetzen. Nur so können auch Menschen ohne gutverdienende Eltern frei auswählen, welchen Bildungsweg sie einschlagen wollen. An den Schulen muss die Lernmittelfreiheit endlich durchgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass die meisten Schulen die Lernmittel für ihre Schüler*innen nicht zahlen, oder Schüler*innen auf Klassenfahrten oder Exkursionen nicht mit können, weil sie sich die Fahrt nicht leisten können.

Schüler*innenvertretungen und Studierendenvertretungen müssen mehr Rechte und mehr Einfluss auf die Gestaltung des Lehrinhaltes bekommen. Für Auszubildende müssen mehr Möglichkeiten zur politischen Interessenvertretung geschaffen werden. Damit Mitwirkung möglich ist, muss garantiert werden, dass das gesamte Bildungssystem grundlegend demokratisiert wird. Entscheidungsgremien an Schulen und Hochschulen müssen transparenter werden. Schüler*innen und Studierende sollen eine stärkere Vertretung in den entsprechenden Gremien bekommen. An den Hochschulen bedeutet dies ganz konkret, dass z.B. mehr studentische Vertreter*innen im Senat sein müssen. Sitzungen von Entscheidungsgremien an den Hochschulen müssen grundsätzlich öffentlich stattfinden.

Wir wollen selbstbestimmtes und kritisches Lernen anstelle des Disziplinarwesens.

Dies kann durch demokratische Mitbestimmung erreicht werden und es muss auch ganz konkret an der Lehre gearbeitet werden.

Seit der Bologna-Reform sind Studiengänge an den Hochschulen zunehmend auf Kernthemen verengt worden. Wir wollen, dass die modularisierten Lehrgänge an den Hochschulen wieder eine breitere Vielfalt aufweisen. Obwohl das Lernen der Inhalte auch im Selbststudium oder in Lerngruppen locker machbar wäre, gibt es derzeit nahezu überall Anwesenheitskontrollen. Dieser Anwesenheitszwang muss abgeschafft werden! Viel zu oft scheitern Menschen am Leistungszwang in den

(Hoch-)schulen, obwohl sie mit mehr Zeit durchaus das erwartete Niveau erreichen können. Gerade bei der Zulassung an den Hochschulen ist der Notenschnitt für den Erfolg im Studium nicht relevant, wird aber trotzdem als wichtigstes Kriterium für die Zulassung herangezogen.

Der Zugang zu Hochschulbildung muss deswegen unabhängig vom Notenschnitt der Schüler*innen offen für alle sein. Ob jemand geeignet ist für ein Studium, stellt sich oft sowieso erst im ersten oder zweiten Semester heraus.

Außerhalb des Lehrplans bleibt den Lehrer*innen und Schüler*innen keine Zeit mehr um andere Themen zu erforschen und zu vertiefen. Die Einführung des G8 hat diese Entwicklung leider nur verstärkt. Die Vielfalt der Schüler*innen ist eine große Chance für eine vielseitige Bildung. Anstatt Schüler*innen wie bisher in ganz unterschiedliche Schulen zu trennen, fordern wir die eine Schule für alle. Wir sind überzeugt, dass das Lernen in der Gemeinschaft allen Schüler*innen zugutekommt. Bisher ist dieses Konzept in Ba-Wü noch nicht gut umgesetzt, obwohl das möglich wäre. Ein niedrigerer Betreuungsschlüssel gewährleistet, dass die Herausforderungen gemeistert werden.

Wir fordern daher eine konsequente Weiterentwicklung und eine angemessene Ausfinanzierung der Gemeinschaftsschulen. Kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal und Zeit für Exkursionen bieten hier einfache Lösungen, damit Schüler*innen den Unterricht besser mitgestalten können.

Das Neutralitätsgebot im Unterricht gewährleistet, dass die Lehrer*innen verschiedene Sichtweisen beleuchten können. So wird eine kritische Bildung erst möglich. Diese Neutralität wird jedoch immer mehr untergraben, obwohl sie gesichert und geschützt werden sollte! Eine traurige Beeinflussung von Schüler*innen ist zum Beispiel der regelmäßige Besuch von Bundeswehroffizier*innen.

Wir wollen, dass auf Landesebene eine Zivil- und Transparenzklausel für die öffentliche Forschung eingesetzt wird. Unser Ziel ist es, dass Forschung im Auftrag der öffentlichen Hand allen Bürger*innen zur Verfügung steht und nicht dazu dient neue Arten des Tötens zu entwickeln. Die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung sollen der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Kleiner Rückgriff auf unser Kapitel zu Geflüchteten: Der Zugang für geflüchtete Jugendliche zur Bildung muss auch in Baden-Württemberg gesichert werden, inklusive umfassende Unterstützung beim Erlernen der Sprache und bei der Finanzierung der Ausbildung.

FÜR EINE GUTE UND SELBSTBESTIMMTE BILDUNG FORDERT DIE LINKE:

- Bildungsgebühren endgültig verbieten und die Lernmittelfreiheit stärken! Keine Kostenpflichtigen Zulassungstests an Hochschulen!
- mehr Mitbestimmung in den Gremien der Schulen und Hochschulen für Schüler*innen und Studierende.
- mehr Lehrpersonal und kleinere Klassen an Schulen sowie mehr Studienplätze an Hochschulen.
- Lobbys und Bundeswehr raus aus den Schulen!
- garantierte Übernahme nach der Ausbildung und eine Masterplatz-Garantie für Bachelor-Absolventen.
- Zivil- und Transparenzklausel für öffentliche Forschung einführen.
- Verbot des Anwesenheitszwangs im Landeshochschulgesetz (LHG).
- Abschaffung des Numerus Clausus bei der Hochschulzulassung.

03 Legalize it!

Vom Alkoholverkaufsverbot über das vielfach diskutierte Alkoholkonsumverbot im öffentlichen Raum – die baden-württembergische Drogenpolitik ist geprägt von Kriminalisierung, Prohibition und Repression.

Eins ist klar: egal ob illegal oder nicht, wer Drogen nehmen will, tut dies auch. Die Haltung der aktuellen Landesregierungen steht einem aufgeklärten und selbstbestimmten Umgang mit Drogen im Weg und führt überdies zur Stigmatisierung von Konsumierenden und Menschen mit Suchtproblemen.
Die Drogenpolitik des Landes muss daher grundlegend neu ausgerichtet werden. Eine Law-And-Order-Politik wie bisher verdrängt lediglich bestehende Probleme.

Anstelle der Kriminalisierung fordern wir daher eine regulierte Abgabe von Drogen und eine Erhöhung der Mittel für gezielte Aufklärungsarbeit sowie der Suchtbehandlung. Dies fördert einen bewussten Umgang mit Drogen, ermöglicht eine gezielte Bekämpfung der Ursachen von Missbrauch und schafft Sicherheit für Konsumierende.

Auf kommunaler Ebene setzen wir uns für die Schaffung von Freiräumen für legalen Konsum ein, wie beispielsweise Cannabis Social Clubs. Auf Landesebene müssen die legalen Mengen für den Eigenkonsum festgelegt werden. Diese ist bisher nur als „drei Konsumeinheiten“ definiert - was eine Konsumeinheit ist, kann jedoch unterschiedlich ausgelegt werden. Durch eine klare Regelung würde die Polizei die bei Kontrollen gefundenen „Konsumeinheiten“ nicht mehr je nach Einzelfall und Gutdünken festlegen können. Die bisherige Praxis führt allzu oft dazu, dass gerade jungen Menschen der Einstieg in das Erwachsenenleben aufgrund einiger Gramm Marihuana massiv erschwert wird.

Langfristig sollen alle Drogen legalisiert werden und stattdessen eine regulierte Abgabe umgesetzt werden. Damit können gezielt Beratungsangebote geschaffen und der Schwarzmarkt für Drogen effektiv ausgetrocknet werden.

DIE LINKE SETZT SICH DAFÜR EIN, DASS:

- langfristig alle Drogen kontrolliert legalisiert werden und die Kriminalisierung des Konsums ein Ende hat.
- Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen abgeschafft werden.
- Auch nach 22 Uhr noch Alkohol eingekauft werden darf.Cannabis Social Clubs eingeführt werden.
- eine einheitliche Festlegung der Eigenmenge umgesetzt wird.

04 Prekarisierung & unsichere Arbeitsverhältnisse

Schlecht bezahlte Leiharbeit, Werkverträge und auch Hartz IV treffen junge Menschen besonders stark. Wir möchten eine neue Diskussion darüber führen, wie gute Arbeit und vor allem ein gutes Leben aussehen kann.

Legenden aus grauer Vorzeit besagen: vor 20 Jahren war eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung eine Selbstverständlichkeit. Heute sieht das in vielen Branchen leider ganz anders aus - befristete Verträge sind die Regel. Planungssicherheit ist so nicht mehr gegeben. Und alle wundern sich, warum junge Menschen immer seltener Familien gründen.

Für uns ist es selbstverständlich: Von einer Vollzeitstelle muss es möglich sein nicht nur zu überleben, sondern auch Urlaub, Freizeitaktivitäten und Weiterbildung zu finanzieren. Wir sehen dabei auch das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, jungen Menschen wieder mehr Perspektiven zu bieten. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land.
Darüber hinaus finden wir es weiterhin unerträglich, dass Frauen bei gleicher Qualifikation und Leistung immer noch weniger verdienen als Männer. Und von unbezahlten Praktika wollen wir hier gar nicht erst anfangen....

Diejenigen, die eine volle Arbeitsstelle haben, leiden immer mehr unter Überstunden und viele wollen arbeiten, finden aber keinen Job. Wir wollen aber ein gutes Leben für alle. Deshalb kämpfen wir dafür, die vorhandene Arbeit umzuverteilen.

Das heißt, runter mit den Arbeitsstunden pro Tag bei vollem Lohnausgleich! Wir können die notwendige Arbeit ohne Probleme auf mehr Schultern verteilen. Zu einem guten Leben gehört auch Freizeit für soziales und politisches Engagement und die eigene Bildung!

DIE LINKE WILL DIESE ZUSTÄNDE ÜBERWINDEN. SIE SETZT SICH IM LAND UND IM BUNDESRAT DAFÜR EIN, DASS:

- Befristung und Leiharbeit endlich gestoppt werden.
- das Tariftreuegesetz um soziale Kriterien, wie „Equal Pay" und „Equal Treatment" erweitert wird.
- endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt.
- bei der Besetzung unbefristeter Stellen befristet Beschäftigte vorrangig berücksichtigt werden. Alle Beschäftigungsverhältnisse wieder in die Sozialversicherung einbezogen werden - auch Minijobs.
- Leiharbeit wieder die Ausnahme wird und mit einer Flexibilitätsprämie entschädigt wird.
- bei der Besetzung unbefristeter Stellen befristet Beschäftigte vorrangig berücksichtigt werden.
- die Mindestvergütung in der Ausbildung auf 750€ erhöht wird.

05 Bezahlbarer Wohnraum

In Baden-Württemberg steigen die Mieten, gerade in den Städten, immer mehr. Insbesondere Jugendliche, die gerade ein eigenes und selbstständiges Leben anfangen wollen, können sich eine eigene Wohnung häufig nicht leisten. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden!

Jeder Mensch braucht einen Ort zum Wohnen. Deswegen kann das Land nicht einfach alles dem Markt überlassen. Wir fordern daher die Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus und die Erhöhung des Wohngeldes, um den tatsächlichen Bedarf für einkommenschwache Mieter*innen zu decken.

Nur wenn Wohnungen in der öffentlichen Hand mit dem privaten Markt konkurrieren und Mieter*innenrechte ausgebaut werden, können die Mieten auch niedrig gehalten werden.
Damit der soziale Wohnungsbau aber nicht zu sozialen Spannungen führt, müssen die Wohngebiete gut durchmischt sein und Stadtteil- und Jugendzentren gefördert werden.

Alte Menschen oder Leute mit wenig Geld sollen nicht an die Ränder der Städte und Gemeinden gedrängt werden. Wir wünschen uns offene Quartiere, in denen alle Menschen friedlich zusammen leben können - jenseits von Einkommen, Bildung oder Herkunft.

KONKRET FORDERT DIE LINKE:

- Mehr Investitionen des Landes in den sozialen Wohnungsbau - 50 000 neue Wohnungen jedes Jahr.
- Keine Privatisierung von Sozialwohnungen! Sie sind öffentliches Eigentum und sollten es auch bleiben.
- Eine gesetzlich verankerte Mitbestimmung und Beiräte von Mieter*innen bei öffentlichen und privaten Wohnungsgesellschaften.
- Die soziale Infrastruktur wie Jugendhäuser, Jugendtreffs, Spielplätze, Schulsozialarbeit, mobile Jugendarbeit muss ausgebaut werden.

06 Öffentlichen Raum für Jugendliche schaffen

Junge Menschen haben oft keine Lobby, die für sie das Wort ergreift. Gerade bei den Entscheidungen, wie im öffentlichen Raum miteinander umgegangen wird, werden oft die Bedürfnisse von jungen Menschen übergangen um „Ruhe und Ordnung“ zu garantieren.

So hat die Landesregierung 2015 das sinnlose Alkoholverkaufsverbot nach 22 Uhr weiter verschärft, welches massiv die Abendgestaltung von Jugendlichen einschränkt.

Inzwischen wird überall in Baden-Württemberg über Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen diskutiert – junge Menschen kommen dabei nicht zu Wort, obwohl sie von einer solchen Prohibition besonders betroffen sind. Sie sollen einfach aus dem öffentlichen Raum verschwinden und Ruhe geben.

Wir finden aber: Wie mit öffentlichem Raum umgegangen wird, muss gemeinsam, unter Einbindung Aller, beschlossen werden. Wir unterstützen DIE LINKE, für die gilt: mehr Gehör und Mitsprache für junge Leute! Öffentliche Räume müssen für alle offen bleiben!

Der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche muss vergünstigt bleiben. Ein Absenken der Altersgrenze für Vergünstigungen, zum Beispiel in Schwimmbädern, lehnen wir ab. Die Schuldenbremse sorgt zu oft dafür, dass Schwimmbäder geschlossen werden müssen. Wir halten das für einen großen Fehler und setzen uns in den Kommunen dafür ein Bibilotheken, Jugendhäuser, Schwimm- und Freibäder zu erhalten.

Außerdem fordert DIE LINKE mehr Freiflächen für Freizeitaktivitäten. Der öffentliche Raum gehört allen, auch jungen Menschen. Sie sollen mehr Möglichkeiten haben, diesen zu gestalten, egal ob sportlich oder künstlerisch.

DIE LINKE FORDERT:

- Kein Absenken der Altersgrenze bei Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen.
- Abschaffung des Alkoholverkaufsverbots nach 22 Uhr.
- Stärkung von Jugendgemeinderäten, Stadtjugendringen und des Rings politischer Jugend.
- Freiflächen für Freizeitaktivitäten (Skateparks, Graffittiflächen, etc.).

07 Inklusion aller Menschen

Für uns bedeutet eine inklusive Gesellschaft, dass alle Menschen - ob mit oder ohne Behinderung - an ihr teilnehmen können.

Sei es in der Schule, in den Schwimmbädern und den Kinos, das gemeinsame Leben und Lernen ist die Grundvoraussetzung für eine solidarische Gesellschaft.

Dennoch erleben Menschen mit Behinderung auch heute noch starke Einschränkungen, wenn sie versuchen ihr Leben eigenständig und ohne Einschränkungen zu führen.
Doch nicht nur die räumlichen Barrieren, auch die im Kopf, grenzen Menschen mit Behinderung vom gesellschaftlichen Leben aus. Deswegen begrüßen wir die UN-Behindertenrechtskonvention.

Ihre konsequente Umsetzung lässt aber auf sich warten. Um ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können, müssen bestehende Einschränkungen ausgeglichen werden. Dazu gehört auch, die diskriminierenden Regelungen im Gesundheitssystem abzuschaffen.

DIE LINKE FORDERT ZUR LANDTAGSWAHL:

- dass die UN-Behindertenrechtskonvention unverzüglich umgesetzt wird.
- Barrierefreien Ausbau des ÖPNV und die Förderung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum.
- Inklusive Bildung in einer Schule für alle. Das gemeinsame Lernen muss zur Normalität werden. Förderschulen wollen wir abschaffen.
- Bessere Möglichkeiten für assistierte Arbeitsplätze als Gegenmodell zu den Werkstätten.
- Kein Kostenvorbehalt bei der persönlichen Assistenz.
- Abschaffung der Unterhaltspflicht von Familienangehörigen bei Kosten für ihre Angehörigen mit Behinderung. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht in die Abhängigkeit zu ihrer Familie gezwungen werden.

08 Mitbestimmung stärken!

Zur Demokratie gehört mehr als nur das regelmäßige Abhalten von Wahlen. Jeder Mensch muss die tatsächliche Möglichkeit haben, sich in öffentlichen Debatten einzubringen und mitzubestimmen.

Dieses Recht darf nicht von willkürlichen Einschränkungen, von der Informationsbereitschaft des Staates oder von der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen abhängig sein. Demokratie benötigt eine Zivilgesellschaft, die auf die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte drängt und deren Einhaltung beständig einfordert.

Seit 2011 hat die Grün-Rote Landesregierung mit der Senkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre zwar schon einen wichtigen Schritt getan, aber wir finden, dass da noch viel mehr möglich ist. Zum Beispiel, dass alle Menschen, die in Baden-Württemberg leben, auch an allen Wahlen teilnehmen dürfen.
Denn tatsächlich dürfen Menschen ohne deutschen Pass hier nicht wählen und abstimmen, auch wenn sie schon seit vielen Jahren hier leben, arbeiten und Familien haben.

Ebenso sind wir der Meinung, dass das Wahlalter bei allen Wahlen gesenkt werden muss. Wenn ein junger Mensch seiner Stimme Gehör verschaffen möchte, sollte er oder sie auch die Möglichkeit dazu haben.

Wesentlich für eine faire Mitbestimmung für alle Menschen ist auch die Einführung von Referenden, die von Bürger*innen ausgehen, auf allen Ebenen regionaler und überregionaler Demokratie.

Dabei darf den Bürger*innen keine Hürden auferlegt werden. Um eine dauerhafte politische Debatte zu ermöglichen, brauchen wir mehr Transparenz, die Zeit und die Möglichkeit uns einzubringen. Deshalb müssen z.B. Menschen, die sich in demokratischen Gremien einbringen, für die Dauer der Sitzungen von Beruf und Ausbildung freigestellt werden und Sitzungsunterlagen veröffentlicht werden.

So könnten wir langfristig unsere Demokratie verbessern.

FÜR EINE ERNSTHAFTE MITBESTIMMUNG ALLER BÜRGER*INNEN, FORDERT DIE LINKE:

- Bei Bürger*innenbegehren soll die einschränkende Fristsetzung wegfallen.
- Bei Bürger*innenentscheiden muss allein das Prinzip „die Mehrheit der Abstimmenden entscheidet" gelten, wie es bei Wahlen schon lange selbstverständlich ist. Zusätzliche Abstimmungsquoren sollen abgeschafft werden.
- dass Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide endlich auch in Baden-Württemberg auf der Ebene von Landkreisen möglich werden müssen.
- Die Abschaffung der 5% Hürde bei der Landtagswahl.
- Das allgemeine Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit ab dem 16. Lebensjahr. Wer hier wohnt, soll auch mitbestimmen dürfen!

09 Mobilität für alle!

Mobilität ist extrem wichtig für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, sich unabhängig vom Geld ihrer Eltern und ihrem eigenen Einkommen frei bewegen zu können. Besonders in ländlichen Gebieten wird das immer schwieriger.

Die Deutsche Bahn, die immer noch ein Staatsunternehmen ist, baut seit Jahren viele Strecken zurück. Diese sind zwar teilweise für die Entwicklung von Regionen von großer Bedeutung, aber von geringer wirtschaftlicher Relevanz. Hier stehen wirtschaftliche Überlegungen klar über der Lebensqualität von Menschen.

Das ist mit ein Grund für hohe Ticketpreise, viele Verspätungen, geringe Taktung und immer dreckigere Züge. Gerade auch nach dem Feiern ist es wichtig noch spät mit dem ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) fahren zu können.
Damit kann sowohl Lärmproblemen vorgebeugt, als auch Autounfälle vermieden werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass keine Strecken mehr stillgelegt werden und alte gegebenenfalls reaktiviert werden.

Für uns steht fest, dass zumindest der Nahverkehr langfristig kostenlos und sozialverträglich finanziert werden soll. Übergangsinstrumente können ein Landesschüler*innenticket, Landesweite Semestertickets und ein Sozialticket sein. Somit könnte die Grundversorgung von der rein kapitalistischen Logik ausgeklammert und die Lebensqualität insbesondere in ländlichen Gebieten unterstützt werden. Es muss auch auf dem Land möglich sein, einzukaufen und die Freizeit angenehm und sinnvoll zu verbringen, ohne davor eine Stunde in die nächste Stadt fahren zu müssen. Unabhängig davon muss der ÖPNV ausgebaut, seine Taktung, Qualität und Geschwindigkeit verbessert werden. Für uns ist der ÖPNV ein zentrales Element für eine soziale und ökologische Gesellschaft.

DIE LINKE FORDERT DAHER:

- den Ausbau des ÖPNV und die flächendeckende Einführung von Sozial- und Jugendtickets, um auch jungen Menschen die Fortbewegung in ganz Baden-Württemberg zu ermöglichen.
- Größere öffentliche Investitionen in die Bahninfrastruktur, die durch unterlassene Erhaltungsinvestitionen bei der Leit- und Sicherungstechnik, in die Bahnhöfe, Tunnel und Brücken in einem völlig unzureichenden Zustand ist.

10 Ökologie

Nach der verheerenden Katastrophe in Fukushima 2011 beschloss die Bundesregierung sinnvollerweise einen Ausstieg aus der Atomkraft.

In Baden- Württemberg wurde aber, auch auf Bestreben der aktuellen Landesregierung, kein einziges AKW stillgelegt. Auch beim AKW in Fessenheim im Elsaß, an dessen Betreiber das Land Miteigentümer ist, wurde nur wenig Druck ausgeübt, es zu schließen. Wir fordern, die schnelle Stilllegung der verbleibenden fünf Reaktoren und diesbezüglich ein entschlosses Handeln der Landesregierung. Atomkraftwerke produzieren große Mengen an gefährlichem radioaktiven Abfall, dessen Lagerung noch für viele tausend Jahre problematisch sein wird.

Als Gegenkonzept zu den fossilen Energieträgern, zu denen auch die Kohle gehört, müssen besonders die erneuerbaren Energien gefördert werden.

Subventionen für Windkrafträder und Solaranlagen sind hierfür mögliche Lösungen,wie man überall in BaWü schon an zahlreichen Gebäuden erfolgreich sehen kann.
Ein Umdenken beim Energieverbrauch bedeutet für uns aber auch, dass wir vom Individualverkehr Abstand nehmen müssen. Deshalb wollen wir einen besseren öffentlichen Nahverkehr und die Verlagerung von Gütern auf die Schiene.
Um die demokratische Energiewende zu verwirklichen, müssen wir uns auch für die Rekommunalisierung der Grundversorgungsbetriebe, wie Wasser- Gas- oder Energieversorgern einsetzen.

Zusätzlich wollen wir Energiegenossenschaften stärken und ausbauen. Ökologische Perspektiven dürfen nicht für wirtschaftliche Profite verspielt werden.

DIE LINKE STEHT FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND SOZIALE ENERGIEWENDE. SIE IST:

- gegen das Freihandelsabkommen TTIP, welches viele Kommunen zwingt, ihre Betriebe zu privatisieren.
- für einen Ausbau von regenerativen Energien, wie kommunalen Solaranlagen und Windparks.
- für flächendeckende grüne Mobilität.für die Abschaltung aller Kernkraftwerke.
- für mehr Energieeffizienz.
- für flächendeckende grüne Mobilität.

11 Digitales

Technologischer Fortschritt ist auch in Baden-Württemberg wichtig und darf nicht gehemmt werden. Veraltete Produktions- und Vertriebsstrukturen oder Gesetze, welche neue Technologien nicht berücksichtigen, tun aber genau das.

Alle Menschen in unserer Gesellschaft sollen die technologischen Entwicklung der Zukunft mitgestalten. Wir wollen verhindern, dass Technologien ausgenutzt werden um Menschen noch schärfer auszubeuten und zu überwachen.

Stattdessen wollen wir, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Vorteile des technologischen Fortschritts aufnehmen und für Alle zugänglich machen. Ausgrenzung, Ausbeutung und Überwachung haben unserer Meinung nach im Alltag nichts verloren.

”

Internet? Gibts den Blödsinn immer noch?!

- H. J. Simpson -

Datenschutz muss konsequent umgesetzt werden. Bei der Entwicklung neuer Software muss darauf geachtet werden, dass die Programme nur Daten speichern, die unbedingt nötig sind. Auch das unnötige Übertragen von Daten auf Servern, wie es bei vielen großen Unternehmen üblich ist, sollte schon beim Programmieren von Anwendungen verhindert werden. Daten, die gespeichert werden müssen, sollten weiterhin einem strengen Datenschutz unterliegen; inklusive ein Recht darauf, diese jederzeit löschen zu lassen.

Dafür muss das Land aber klare Richtlinien erlassen. Als Schutz vor Überwachung oder Verfolgung, egal ob von Privatunternehmen oder vom Staat, dürfen Möglichkeiten sich anonym im Internet zu bewegen und zu äußern nicht eingeschränkt werden. Gerade für Reporter*innen und Whistleblower*innen ist das besonders wichtig.

Momentan ist die Infrastruktur des Internets in der Hand von Privatunternehmen. Um zu verhindern, dass diese Unternehmen Menschen ausgrenzen, zum Beispiel durch zu hohe Gebühren oder langsamere Verbindungen, muss eine öffentliche Alternative geschaffen werden. Der Netzausbau, gerade auf dem Land, muss vorangetrieben werden. Eine schnelle, kostengünstige und zuverlässige Verbindung ist inzwischen die Grundvorraussetzung, dass alle Menschen an der Gesellschaft überhaupt teilnehmen können.

Der Zugang ist unerlässlich, gerade für Jugendliche, um in der Arbeitswelt einzusteigen und um sich umfassend zu informieren. Hierzu möchten wir, dass Initiativen wie z.B. von FreiFunk e.V.,

die überall kostenloses WLAN bereitstellen möchten, gefördert werden.
Um freien Zugang zu schaffen und den Menschen Möglichkeiten zu geben digital zu arbeiten ist es unerlässlich, dass freie und offene Software (weiter-)entwickelt und eingesetzt wird. Das Land muss gezielt den Einsatz von Open Source Software fördern und sich für Open Access zu Informationen einsetzen.

Durch offen zugängliche Informationen, z.B. von der Landesregierung oder von den Hochschulen, wird die Transparenz unserer Demokratie gestärkt. Gerade öffentlich finanzierte Projekte müssen der Öffentlichkeit auch zur Verfügung stehen.

DESWEGEN WIRD SICH DIE LINKE DAFÜR EINSETZEN, DASS:

- unabhängig vom Einkommen, die Teilhabe am Internet durch zur Verfügung stellen von Anschlüssen und Zugangsgeräten ermöglicht wird.
- die Landesregierung den Netzausbau, gerade von Hochgeschwindigkeitszugängen in ländlichen Gebieten, aktiv verstärkt und in kooperation mit Bürgerinitiativen (wie z.B. FreiFunk) anstelle von Privatunternehmen gestaltet.
- aus dem Informationsfreiheitsgesetz ein ernstzunehmendes Transparenzgesetz nach dem Vorbild Hamburgs wird.
- im Landesmediengesetz die Netzneutralität ausdrücklich festgeschrieben wird.
- das Land sich gegen die Vorratsdatenspeicherung und andere Formen von Überwachung ausspricht.

„[...] the solution is not to dream less, but to dream harder.

- Douglas Haddow -

Werdet aktiv! Hier könnt ihr euch informieren:

www.linksjugend-solid-bw.de

Facebook &
Twitter: @solidbw

eMail: info@linksjugend-solid-bw.de

linksjugend
['solid]
Baden-Württemberg